

EINE GERECHTE TRANSFORMATION DER ERNÄHRUNGSSYSTEME: AGRARÖKOLOGIE UND DAS RECHT AUF NAHRUNG

Handlungschancen für die COP31 in Antalya

Klimaschocks und bewaffnete Konflikte verschärfen Hunger und Ernährungsunsicherheit für Millionen Menschen. Gleichzeitig findet weltweit eine zunehmende Abkehr von globaler Solidarität und Verantwortung statt: Die Mittel für humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit stehen weltweit ebenso unter Druck wie die Durchsetzung der Energiewende oder das Bekenntnis zu einer ökologisch und sozial verträglichen Landwirtschaft. Auf der Weltklimakonferenz COP31 in Antalya steht daher viel auf dem Spiel. Sie wird als „Umsetzungs-COP“ bezeichnet: Bereits gefasste Klimabeschlüsse müssen mit konkreten Maßnahmen und verlässlichen Finanzmitteln in die Praxis überführt werden. Dazu gehört auch, Ernährungssysteme sozial gerecht und widerstandsfähig zu gestalten und sicherzustellen, dass Klimafinanzierung die Menschen in fragilen und konfliktbetroffenen Regionen erreicht.

AKTION GEGEN DEN HUNGER

UNSERE FORDERUNGEN AN DIE COP-STAATENGEMEINSCHAFT

1 **Die COP31 muss den Belém-Antalya-Mechanismus (BAM) für Just Transition einrichten und dafür sorgen, dass er für die Landwirtschaft und die Ernährungssysteme wirksam wird.** Der neue Mechanismus soll eine sozial gerechte Transformation zu klimafreundlichen und resilienten Ernährungssystemen fördern und die Rechte betroffener Bevölkerungsgruppen schützen. Dafür müssen Rechteinhaber*innen umfassend in die Steuerung des Mechanismus einbezogen und ein Übergangsausschuss eingesetzt werden, damit der BAM bis zur COP32 arbeitsfähig ist. Zudem soll er öffentliche Zuschüsse für Agrarökologie ausweiten, bestehende Finanzströme – darunter schädliche Agrarsubventionen – umlenken und schuldenfreie Finanzmittel für lokale Akteur*innen mobilisieren.

2 **Agrarökologie muss als Weg für die Just Transition und die Anpassung der Ernährungssysteme anerkannt werden.** Sie verringert die Abhängigkeit von kleinbäuerlichen Betrieben und Agrarproduzierenden von importierten Düngemitteln und Kraftstoffen und stärkt ihre Widerstandsfähigkeit gegenüber Schocks wie den Auswirkungen des aktuellen El-Niño-Phänomens. Im Rahmen des globalen Anpassungsziels (Global Goal on Adaptation, GGA) müssen Mittel bereitgestellt werden, um Agrarökologie bedarfsgerecht auszuweiten. Dies muss durch die Verpflichtung von Belém gestützt werden, die Anpassungsfinanzierung bis 2035 mindestens zu verdreifachen.

3 **Die Transformation der Ernährungssysteme muss gemeinsam mit den Menschen gestaltet werden, die Lebensmittel erzeugen, verarbeiten und verkaufen. Ihre Rechte müssen dabei gewahrt werden.** Der BAM muss insbesondere kleinbäuerliche Betriebe, Beschäftigte in Landwirtschaft und Fischerei, indigene Gemeinschaften, Frauen und junge Menschen einbeziehen und ihre Selbstorganisation stärken. Der Mechanismus muss ihr Recht auf angemessene und nährstoffreiche Ernährung, die UN-Erklärungen über die Rechte von Kleinbäuer*innen (UNDROP) und indigenen Völkern (UNDRIP) sowie das Recht auf freie, vorherige und informierte Zustimmung (FPIC) achten.

4 **Die Klimafinanzierung muss vorhersehbar, zugänglich und lokal gesteuert sein. Zugangsbarrieren für fragile und von Konflikten betroffene Kontexte müssen abgebaut und Wasser, Sanitärversorgung und Hygiene (WASH)** sowie Ernährung systematisch einbezogen werden. Der Erfolg der Klimafinanzierung sollte daran gemessen werden, inwieweit sie zu Resilienz, inklusiver Entwicklung, menschenwürdigen Lebensgrundlagen und langfristigen lokalen Kapazitäten beiträgt.

5 **Die COP31 muss eine Richtlinie zur Vermeidung von Interessenkonflikten verabschieden und im BAM verankern.** Die Interessen der fossilen Brennstoffindustrie und der Agrarindustrie dürfen keinen Mechanismus prägen, der diejenigen schützen soll, die durch deren Geschäftsmodelle geschädigt werden. Dies erfordert öffentliche Interessenerklärungen und den Ausschluss von Lobbyist*innen der fossilen Brennstoffindustrie und der Agrarindustrie aus der Steuerung des Mechanismus.

SO VERSTÄRKT DIE KLIMAKRISE DEN WELTWEITEN HUNGER

Die Klimakrise trifft immer wieder diejenigen, die am wenigsten zu ihrer Entstehung beigetragen haben. Im August 2026 forderten Sturzfluten und Gerölllawinen entlang des Trishuli-Flusses in Nepal Tausende Tote oder Vermisste – eine der tödlichsten Überschwemmungen im Himalaya seit Beginn der Aufzeichnungen. Extreme Hitze bedroht die Lebensgrundlagen von mehr als 1,2 Millionen Menschen weltweit.[1] Ein El-Niño-Ereignis von historischer Intensität wird voraussichtlich bis weit in das Jahr 2027 hinein die weltweite Ernährungssicherheit beeinträchtigen, wobei Dürren bereits jetzt Landwirt*innen in Sri Lanka, im südlichen Afrika und in Mittelamerika treffen.

Im Jahr 2025 litten 645 Millionen Menschen unter chronischem Hunger und zum ersten Mal lebte die größte Zahl von ihnen – nämlich 309 Millionen – in Afrika.[2] Je nachdem, wie lange höhere Energie- und Düngemittelpreise die Lebensmittelinflation auf hohem Niveau halten, könnten bis 2030 noch immer 510 bis 520 Millionen Menschen von Hunger betroffen sein. Zum ersten Mal wurden im selben Jahr zwei Hungersnöte bestätigt, in Teilen des Gazastreifens und im Sudan, und das Risiko besteht auch 2026 weiter.[3] Konflikte und Wetterextreme treten zunehmend gemeinsam auf, während die Mittel für internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe in Deutschland und weltweit weiter sinken.

Gleichzeitig sind Ernährungssysteme für rund ein Drittel der weltweiten Treibhausgasemissionen verantwortlich und 3,8 Milliarden Menschen leben in Haushalten, deren Haupteinkommen vom Agrar- und Ernährungssektor abhängt. Eine Transformation in diesem Sektor kann sich nicht auf die Reduzierung von Emissionen beschränken, ohne die soziale Dimension in den Blick zu nehmen. Sie muss echte Veränderungen und soziale Gerechtigkeit für die Menschen bringen, die unsere Lebensmittel produzieren und das Recht auf angemessene Ernährung für alle verwirklichen.

UNSERE FORDERUNGEN AN DIE BUNDESREGIERUNG

Als wichtiger Geber und historischer Mitverursacher der Klimakrise trägt auch Deutschland Verantwortung. Aktion gegen den Hunger fordert die Bundesregierung auf, sich auf der COP31 und in ihrer eigenen Politik für gerechte Ernährungssysteme und zugängliche Klimafinanzierung einzusetzen.

- **Agrarökologie stärken und schädliche Förderungen beenden:** Für die Bundesregierung ist Agrarökologie ein anerkanntes Konzept und teilweise bereits in ihrer Agrar- und Entwicklungspolitik verankert. Auf der COP31 sollte die Bundesregierung sich dafür einsetzen, dass Agrarökologie von allen Akteuren als gerechte Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft in Richtung Klimaneutralität, also einer Just Transition, anerkannt wird. Dabei sollten die Klimaanpassung der Ernährungssysteme und das Recht auf Nahrung gestärkt werden. Dies ist angesichts von Klimaschocks wie El Niño umso wichtiger. Bisherige Fortschritte müssen geschützt und schädliche öffentliche Investitionen und Projektförderungen für Pestizide und synthetische Düngemittel eingestellt werden.

- **Klimafinanzierung für betroffene Gemeinschaften zugänglich machen:** Auf der COP31 muss sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass die internationale Klimafinanzierung auch fragile und konfliktbetroffene Kontexte erreicht und Zugangshürden abgebaut werden. In den Haushaltsverhandlungen muss sie Deutschlands fairen Beitrag zur internationalen Klimafinanzierung verlässlich absichern und sich für die direkte Finanzierung betroffener Gemeinschaften sowie lokaler zivilgesellschaftlicher, Frauenrechts- und frauengeführter Organisationen einsetzen.

[1] Extreme Heat and Agriculture Report 2025, joint report by FAO and WMO
[2] The State of Food Security and Nutrition in the World (SOFI) 2026, UN-Nutrition
[3] 2026 Global Report on Food Crises, FAO, WFP, Global Network Against Food Crises (GNAFC)

SUPER EL NIÑO UND VORAUSSCHAUENDE HUMANITÄRE HILFE

Durch die beschleunigte Klimakrise und häufiger auftretende Extremwetterereignisse und -katastrophen wird unsere Arbeit in den Bereichen Katastrophenvorsorge und vorausschauende humanitäre Hilfe immer wichtiger. Aktuell bereiten sich unsere Teams auf die Auswirkungen des diesjährigen El-Niño-Phänomens vor.

Dieses durch die Klimakrise verstärkte Phänomen resultiert aus einer ungewöhnlichen Erwärmung der Oberflächengewässer des tropischen Pazifiks. Seit Anfang des Jahres bis mindestens Mitte 2027 beeinflusst ein Super-El-Niño die globalen Klimamuster. Er kann gleichzeitig in einigen Regionen schwere Dürren und in anderen extreme Niederschläge verursachen. Diese Klimaschocks können zu Bevölkerungsvertreibungen und einer erheblichen Verschärfung von Hunger- und Ernährungskrisen führen.

Das Welternährungsprogramm (WFP) rechnet damit, dass bis Ende 2027 in 45 Ländern mindestens 49 Millionen Menschen zusätzlich von akuter Ernährungsunsicherheit betroffen sein werden. In 15 Schwerpunktländern – darunter Madagaskar, Mosambik, Simbabwe und Malawi im südlichen Afrika sowie Bangladesch, Afghanistan und Nepal in Asien sind bereits Programme für vorausschauende Maßnahmen aktiv. Die dafür vorgesehenen 54 Millionen US-Dollar sind jedoch bei Weitem nicht ausreichend – und die Lage ist dringlich.

Für Süd- und Ostafrika schließt sich das Zeitfenster für vorausschauende Maßnahmen vor Beginn der Regenzeit – wie die Sicherung von Viehbeständen sowie Ernten und die Stärkung der Hochwasserschutzinfrastruktur – bereits. Für die Monsunregionen im Sahel und in Südasien ist es für solche Maßnahmen bereits zu spät. Nun gilt es, die Auswirkungen abzumildern durch Maßnahmen wie Wasserversorgung, finanzielle Unterstützung für Haushalte zur Vorbereitung auf Preissteigerungen, kleinbäuerliche Lebensmittelproduktion, sowie die Vorbereitung der Gesundheitssysteme auf Krankheitsausbrüche wie Cholera infolge von Überschwemmungen. Lokale Akteure sind bereits mobilisiert und beobachten die Lage mithilfe verschiedener Frühwarnsysteme. Um einen starken Anstieg des Hungers in den kommenden Monaten zu verhindern, benötigen lokale Organisationen schnell verfügbare, flexible und umfangreiche Zuschüsse.



HANDLUNGSMÖGLICHKEITEN FÜR DIE COP31

I. EINEN GERECHTEN ÜBERGANG IN DEN ERNÄHRUNGSSYSTEM GESTALTEN

Antalya muss ein klares Signal setzen, dass die Transformation der Ernährungssysteme und die Agrarökologie für die Klimaziele von zentraler Bedeutung sind. Aufbauend auf der Verankerung der Menschenrechte im Belém-Beschluss müssen Agrarökologie und das Recht auf Nahrung im Mittelpunkt des Belém-Antalya-Mechanismus, der Anpassungsverhandlungen und der Sharm-el-Sheikh Joint Work (SSJW)[4] stehen.

Auf der COP30 wurden die Belém-Anpassungsindikatoren festgelegt und eine Verdreifachung der Anpassungsfinanzierung bis 2035 gefordert. Dennoch gelang es bei der Bonner UN-Klimazwischenkonferenz nicht, sich beim globalen Anpassungsziel (GGA) zu einigen, insbesondere nicht auf die finanziellen Mittel zu dessen Umsetzung,

AGRARÖKOLOGIE ALS WEG FÜR EINE GERECHTE TRANSFORMATION DER ERNÄHRUNGSSYSTEME

Die Agrarökologie ist der vorrangige Weg für einen gerechten Übergang und für die Anpassung in den Ernährungssystemen. Sie verringert die Abhängigkeit von importierten Düngemitteln und Kraftstoffen, regeneriert Böden, die Klimaschocks standhalten und bewahrt lokale Saatgutsysteme, Wissen und Werte in den Händen von Kleinbäuer*innen. Außerdem rettet sie durch den weitgehenden Verzicht auf chemische Pestizid- und Düngemittel Leben. Selbstvergiftungen mit Pestiziden machen weltweit 14 bis 20 Prozent der Suizide aus, vor allem in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen, in denen Kleinbäuer*innen leichten Zugang zu hochgefährlichen Pestiziden haben. Das Verbot einiger dieser Mittel in Bangladesch, der Republik Korea und Sri Lanka führte bereits zu einem starken Rückgang der Suizidraten insgesamt.[5] Agrarökologie ist ein ganzheitlicher[6], auf Rechten basierender Ansatz. Die industrielle Landwirtschaft wiederum bietet mit den von ihren beworbenen „grünen Technologien“ vorrangig Scheinlösungen – sie verstärkt die Abhängigkeit von externen Betriebsmitteln wie Dünger, Saatgut oder Technologien und bedroht so die Ernährungssouveränität. Die Bonner UN-Zwischenkonferenz erkennt bereits das Potenzial der Agrarökologie zur Steigerung der Resilienz von Kleinbäuer*innen an. Die COP31 muss dies bekräftigen, konkrete Maßnahmen zur Umsetzung des globalen Anpassungsziels (GGA) beschließen und gezielt Finanzmittel für Agrarökologie vor Ort mobilisieren.

BENENNEN, FÜR WEN DIE TRANSFORMATION GESTALTET WIRD

In ländlichen Regionen sind insbesondere kleinbäuerliche und familiengeführte Betriebe, Beschäftigte in der Landwirtschaft, Viehzucht, Fischerei und im informellen Lebensmittelsektor sowie Saison- und Wanderarbeitskräfte, indigene Gemeinschaften, Frauen und junge Menschen unmittelbar von der Transformation der Ernährungssysteme betroffen. Saison- und Wanderarbeitskräfte haben ein 35-mal höheres Risiko, an den Folgen beruflicher Hitzeexposition zu sterben.[7] Die meisten dieser Gruppen wurden beim UN-Dialog über Ernährungssysteme im Rahmen des Arbeitsprogramms Just Transition in Bonn genannt. Ihre selbstorganisierten Vertretungen müssen vollständig in den Aufbau und die Steuerungsstrukturen des BAM integriert werden.

MENSCHENRECHTE IN DEN MITTELPUNKT DES MECHANISMUS STELLEN

Der Beschluss von Belém verpflichtet die Vertragsstaaten dazu, Menschenrechte zu achten, zu fördern und zu verwirklichen. Der BAM muss daher das Recht auf angemessene Ernährung, sichere Landrechte, menschenwürdige Arbeit und universellen Sozialschutz in den Mittelpunkt stellen. Dabei muss er auch die Rechte achten, die in den UN-Erklärungen über die Rechte von Kleinbäuer*innen (UNDROP) und indigenen Völkern (UNDRIP) festgehalten sind.

[4] Die Sharm-el-Sheikh Joint Work ist ein Arbeitsprogramm unter der UN-Klimarahmenkonvention. Es soll Klimaschutz und Klimaanpassung in der Landwirtschaft und für die Ernährungssicherheit voranbringen.
[5] WHO, New study highlights the cost-effectiveness of pesticide bans as a suicide prevention strategy, 17. Dezember 2020
[6] Ganzheitliche Ansätze berücksichtigen, dass Ernährungssysteme von miteinander verflochtenen ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Dimensionen geprägt sind; wirksame und gerechte Lösungen müssen daher ökologische Nachhaltigkeit, Geschlechtergleichstellung und soziale Inklusion gemeinsam berücksichtigen. FAO, What is agroecology? Agroecology Knowledge Hub
[7] Extreme Heat and Agriculture Report 2025, joint report by FAO and WMO

Diese Verpflichtungen wurden in Belém hart erkämpft und jede Entscheidung in Antalya, die sie schwächt, wäre ein fataler Rückschritt. Der BAM sollte zudem anerkennen, dass eine Transformation nicht nur ein wirtschaftlicher Prozess ist. Veränderungen in der Art und Weise, wie Menschen Landwirtschaft betreiben, fischen oder Vieh halten, erschüttern ihre Lebensgrundlagen, Praktiken und Identitäten – und das in Gemeinschaften, in denen Ernährungsunsicherheit und Klimaschocks bereits die psychische Gesundheit belasten. Gemeindebasierte psychosoziale Unterstützung (Mental Health and Psychosocial Support, MHPSS) gehört deshalb neben sozialer Absicherung zu einer gerechten Transformation: Sie hilft den betroffenen Menschen, den Übergang als legitim zu erleben und ihn langfristig aufrechtzuerhalten.

DIE TRANSFORMATION GESCHLECHTERTRANSFORMATIV GESTALTEN

Frauen produzieren einen Großteil der weltweiten Nahrungsmittel, kontrollieren jedoch nur einen sehr kleinen Teil des Landes und haben häufig nur begrenzten Zugang zu Finanzmitteln und Entscheidungsprozessen. Der Belém-Aktionsplan zur Gleichstellung der Geschlechter soll menschenwürdige Arbeit und eine sozial gerechte Transformation fördern sowie unbezahlte Sorgearbeit (Care-Arbeit) stärker anerkennen und berücksichtigen. Auch beim Bonner UN-Dialog wurden geschlechtergerechte Ansätze gefordert. Der BAM sollte noch weiter gehen und geschlechtertransformativ sein. So sollte er gesicherte Landrechte für Frauen[8] fördern, nach Geschlecht aufgeschlüsselte Daten systematisch erfassen, Maßnahmen in den Bereichen Sorgearbeit und soziale Sicherung unterstützten und sicherstellen, dass Ressourcen direkt bei Frauen und Frauenorganisationen ankommen.

[8] CFS Voluntary Guidelines on Gender Equality and Women's and Girls' Empowerment, CFS Voluntary Guidelines on the Responsible Governance of Tenure (VGGT)



II. WACHSENDEN HUMANITÄREN BEDARFEN BEGEGNEN

Über 80 Prozent der Menschen, die unter akuter Ernährungsunsicherheit leiden, leben in langwierigen Krisen, die hauptsächlich durch Konflikte verursacht und zunehmend durch Wetterextreme verschärft werden.[9] Unterdessen bricht die finanzielle Unterstützung ein: Nach vorläufigen Daten der OECD sank die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) im Jahr 2025 um 23,1 Prozent – der größte Rückgang seit Beginn der Aufzeichnungen – und die humanitäre Hilfe um 35,8 Prozent.[10]

KLIMABEDINGTER MANGELERNÄHRUNG VORBEUGEN

Humanitäre Finanzmittel und vorausschauende Maßnahmen müssen langfristig gesichert und besser verzahnt werden: Das MERIAM-Modell von Aktion gegen den Hunger prognostiziert in Äthiopien, Kenia, Somalia und Südsudan akute Mangelernährung bis zu 12 Monate im Voraus mit einer Genauigkeit von über 90 Prozent, um frühzeitiges Handeln zu ermöglichen. Prävention hängt auch von der psychischen Gesundheit der Betreuungspersonen ab. In Entwicklungsländern haben Kinder von Müttern mit depressiven Symptomen ein um 40 bis 50 Prozent höheres Risiko für Untergewicht oder Wachstumsverzögerungen. Klimafinanzierung und humanitäre Ernährungshilfe sollten daher psychosoziale Unterstützung für Betreuungspersonen umfassen, wie in den Programmen von Aktion gegen den Hunger. Die Vertragsparteien der COP31 sollten zudem die Zusage der Belém-Erklärung gegen Hunger umsetzen, den Sozialschutz um zwei Prozentpunkte pro Jahr auszuweiten. Die Verdreifachung der Anpassungsfinanzierung und die „Baku-to-Belém"-Roadmap für 1,3 Billionen Dollar müssen fragile und von Konflikten betroffene Staaten erreichen – mit geringeren Zugangsbarrieren, ohne Schuldenlast und mit konfliktsensibler Umsetzung.

WASSER, SANITÄRVERSORGUNG UND HYGIENE (WASH)

Der Zugang zu sicherem Wasser, sanitären Einrichtungen und Hygiene ist für die Prävention von Mangelernährung entscheidend. Unsicheres Wasser und mangelnde Sanitärversorgung begünstigen Krankheiten und beeinträchtigen die Nährstoffaufnahme. Extreme Wetterereignisse verunreinigen Wasserquellen und zerstören sanitäre Systeme. Nach den Überschwemmungen in Nepal im August 2026 benötigten mehr als 10.000 Haushalte Notunterkünfte, während Schäden an der Wasser- und Sanitärinfrastruktur das Risiko wasserbedingter Krankheiten erhöhten.

Die Klimafinanzierung, einschließlich der Anpassungsfinanzierung im Rahmen des globalen Anpassungsziels (GGA), muss den Schutz und den Wiederaufbau der Wasser-, Sanitär- und Hygieneversorgung (WASH) gezielt finanzieren, um Mangelernährung vorzubeugen und Gemeinschaften widerstandsfähiger zu machen.



WIRKSAME BETEILIGUNG DER VON DER KLIMAKRISE BETROFFENEN MENSCHEN ERMÖGLICHEN

Viele betroffene Gemeinschaften haben keinen angemessenen Zugang zu den UN-Klimaverhandlungen und können bei Entscheidungen über ihre Lebensgrundlagen und Sicherheit kaum mitbestimmen. Ihre Beteiligung muss gestärkt und der Einfluss von Unternehmen begrenzt werden.

Um den Einfluss der fossilen Brennstoff- und Agrarindustrie zu begrenzen und Greenwashing auf der COP31 zu verhindern, braucht es verbindliche Regeln zur Vermeidung von Interessenkonflikten und einen Rahmen zur Rechenschaftspflicht unter der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC). Beide müssen auch für den BAM gelten.

[9] Global Report on Food Crises 2026, FAO
[10] OECD DAC: Official Development Assistance (ODA) in 2025, by members of the Development Assistance Committee (preliminary data)

FALLBEISPIELE

Lokal gesteuerte, partizipative Ansätze, die Anpassung, Lebensgrundlagen und Ernährung miteinander verbinden, müssen gezielt gefördert werden. Die COP31 muss dazu beitragen, politische Signale zugunsten solcher Ansätze zu setzen.

SOMALIA: LANDWIRTSCHAFT TROTZ DÜRRE, ÜBERSCHWEMMUNGEN UND KONFLIKTEN

Somalia ist mit mehreren, sich überschneidenden Krisen konfrontiert. Dazu gehören wiederkehrende Dürren, Konflikte und Vertreibungen sowie in jüngerer Zeit die Gefahr von Überschwemmungen im Zusammenhang mit El Niño.

Unsere Projekte und Partnerorganisationen in Somalia unterstützen Produzent*innen dabei, ihre Vermögenswerte zu schützen und ihre landwirtschaftlichen Zeitpläne anzupassen. Die rechtzeitige Verbreitung von Warnmeldungen hilft ihnen, Risiken zu verringern. Ein integriertes Wasserressourcenmanagement (IWRM) und Mehrzweck-Wassersysteme tragen dazu bei, den Wasserbedarf von Haushalten, Viehhaltung und Landwirtschaft ausgewogen zu decken. Gleichzeitig stärkt die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Regionen wie dem Mandera-Dreieck und dem Karamoja-Cluster die Ressourcenverwaltung und fördert den Frieden angesichts klimabedingter Belastungen.

Im Rahmen von MERIAM 2.0[11] unterstützt Aktion gegen den Hunger zudem die Vorhersage akuter Mangelernährung in Somalia und den Nachbarländern bis zu zwölf Monate im Voraus. So können Ernährungshilfemaßnahmen bereits vor dem Höhepunkt einer Krise vorbereitet werden. Der Einsatz tragbarer solarbetriebener Bewässerungssysteme und lokal hergestellter Biopestizide aus Neembäumen verringert den Wasserstress und die Abhängigkeit von chemischen Hilfsmitteln und fördert umweltfreundliche landwirtschaftliche Praktiken.



Initiativen wie diese zeigen, dass Agrarökologie und vorausschauendes Handeln die Nahrungsmittelproduktion selbst in den fragilsten Kontexten aufrechterhalten können. Dennoch wird erwartet, dass zwischen Oktober und Dezember nur 1,3 Prozent der Menschen in Somalia, die Nahrungsmittelhilfe benötigen, diese auch erhalten werden.

DER TROCKENKORRIDOR MITTELAMERIKAS: AUFBAU KLIMARESILIENTER LEBENSGRUNDLAGEN

Der „Trockenkorridor“ Mittelamerikas erstreckt sich über Teile von Honduras, Guatemala, El Salvador, Nicaragua und Costa Rica. Dort leben mehr als 10 Millionen Menschen und 80 Prozent der Kleinbäuer*innen leben unterhalb der Armutsgrenze. 2026 hat ein starkes El-Niño-Phänomen vielerorts eine Dürre mit sich gebracht, wie viele Familien sie noch nie erlebt haben. In Guatemala, Honduras und El Salvador gaben mehr als drei Viertel der befragten Maisbäuer*innen an, zwischen 75 und 100 Prozent ihrer Ernte verloren zu haben.

[11] Mehr Informationen zum MERIAM Projekt auf der Webseite von Aktion gegen den Hunger

Als Reaktion darauf arbeiten Aktion gegen den Hunger und ihre Partnerorganisationen im gesamten Trockenkorridor daran, klimaresiliente und kohlenstoffarme Lebensgrundlagen aufzubauen. Dabei verfolgen sie einen geschlechtertransformativen und rechtebasierten Ansatz. Das Programm stärkt Genossenschaften und lokale Institutionen, damit diese klimaresiliente Landwirtschaft und effizientes Wassermanagement fördern und den Zugang zu Märkten gerechter gestalten können. In Guatemala helfen Regenwassernutzung und Mikrobewässerung den Familien, auch während der Trockenzeit weiter zu produzieren und entlasten gleichzeitig die Wasserressourcen.

Auf regionaler Ebene kombiniert das PREDISAN-Programm[12] von Aktion gegen den Hunger zur Überwachung der Nahrungs- und Ernährungssicherheit verschiedene lokale Datenquellen mit meteorologischen Vorhersagen, um Klimaschocks vorherzusehen. Es löst Frühwarnungen aus und identifiziert lokale Schwerpunktgebiete sowie besonders gefährdete Gruppen. Auf dieser Grundlage werden sowohl vorausschauende Maßnahmen als auch lokal gesteuerte Anpassungsmaßnahmen eingeleitet. Im Jahr 2023 nutzten Aktion gegen den Hunger und das Welternährungsprogramm PREDISAN, um zu erfassen, wie El Niño die Wetterverhältnisse veränderte und Gemeinschaften in ganz Lateinamerika und der Karibik beeinflusste.



[12] Action Against Hunger: Forecasting Potential Hunger Crises (zuletzt abgerufen am 05.11.2026)

Initiativen wie diese zeigen, dass kleinbäuerliche Betriebe und lokale Akteure widerstandsfähige Ernährungssysteme aufbauen können, wenn sie angemessene Unterstützung und Informationen erhalten. Dennoch warten lokale Produzent*innen noch immer auf die umfangreichen zuschussbasierten Finanzmittel, die in den vergangenen Klimaverhandlungen versprochen wurden.

Mit dem Auslaufen des Sharm-el-Sheikh-Arbeitsprogramms zur Landwirtschaft (SSJW) und der Ausgestaltung des Belém-Antalya-Mechanismus kann die COP31 Agrarökologie fest in den Klimaverhandlungen verankern. Die Transformation der Ernährungssysteme muss gemeinsam mit den Menschen in der Landwirtschaft gestaltet und ausreichend finanziert werden.

Aktion gegen den Hunger wird mit Partnerorganisationen in Antalya vor Ort sein, um die Perspektiven der Gemeinschaften in die Verhandlungen einbringen, mit denen wir zusammenarbeiten. Wir werden uns für einen Mechanismus einsetzen, der die Rechte und Lebensgrundlagen der Menschen im Ernährungssystem stärkt und Agrarökologie fördert.

ÜBER AKTION GEGEN DEN HUNGER

Aktion gegen den Hunger ist eine humanitäre und entwicklungspolitische Hilfsorganisation, die weltweit in über 50 Ländern und Regionen aktiv ist. Seit 45 Jahren kämpft Aktion gegen den Hunger gegen Mangelernährung, schafft Zugang zu sauberem Wasser und gesundheitlicher Versorgung. Wir setzen uns dafür ein, die strukturellen Ursachen von Hunger und Mangelernährung – Konflikte, die Klimakrise und globale Ungleichheiten – anzugehen.

IMPRESSUM

Aktion gegen den Hunger
Wallstr. 15a
10179 Berlin
www.aktiongegendenhunger.de

Ansprechpersonen:
Kira Fischer, Leitung Advocacy
kfischer@aktiongegendenhunger.de
Dr. Schluwa Sama, Referentin Advocacy
ssama@aktiongegendenhunger.de

Redaktionsschluss: 4. November 2026

Bildnachweise: Titel: Abel Gichuru / Aktion gegen den Hunger; S. 4: Tom Gustin / Aktion gegen den Hunger; S. 6: Abel Gichuru / Aktion gegen den Hunger; S. 7: Peter Caton / Aktion gegen den Hunger; S. 8: Aktion gegen den Hunger; S. 9: Sarah Kuethe / Aktion gegen den Hunger